



Schweizerischer Bankpersonalverband
Association suisse des employés de banque
Associazione svizzera degli impiegati di banca

Medienmitteilung

Arbeitsplätze schützen statt Gewinn ausschütten!

Der SBPV wehrt sich dagegen, den Bankangestellten die ganze Last der Finanzkrise aufzubürden. Wo hohe Boni und Dividenden ausbezahlt werden, darf es keine Entlassungen aus Kostengründen geben.

Der SBPV kämpft seit Jahren an breiter Front für eine Kulturerneuerung in der Finanzbranche. Eine solche ist dringend, denn zur heutigen Krise führten die krassen Fehleinschätzungen von Bankleitungen wie auch der Politik, die die Schweiz mit ihrem sturen Festhalten am Bankgeheimnis international isoliert hat.

Die Krise trifft die Bankangestellten auf den unteren und mittleren Hierarchiestufen am härtesten. Entlassungen, Personal-Datenlieferungen an die USA, steigender Druck: Dieser Cocktail vergiftet die Atmosphäre an den Arbeitsplätzen. Die Banken beschäftigen heute in der Schweiz 10'000 Mitarbeitende weniger als vor 5 Jahren und es wurden weitere massive Stellenstreichungen angekündigt. Ende 2012 waren 4'253 Bankangestellte arbeitslos – eine stetig wachsende Zahl.

Der SBPV stellt sich nicht prinzipiell gegen Restrukturierungen, wenn sie für den Fortbestand einer Bank nötig sind. Gewinnmaximierung darf aber kein Vorwand für Stellenstreichungen sein. Als völlig inakzeptabel erachtet der SBPV den Abbau von Arbeitsplätzen, wenn gleichzeitig hohe Dividenden oder Boni ausgeschüttet werden.

In jedem Fall ist zusammen mit den Sozialpartnern nach Lösungen zu suchen, um bedrohte Arbeitsplätze zu erhalten. Dringlich ist eine bessere Verteilung der Arbeit: Mit 11 Millionen Überstunden (2012) hält die Bankbranche einen höchst problematischen Schweizerrekord. Umgerechnet würde dies rund 5800 Stellen entsprechen! Wo sich Entlassungen nicht vermeiden lassen, fordert der SBPV Sozialpläne. Diese haben sich an bewährten Vorbildern (Sozialplan der UBS) zu orientieren.

SBPV strebt stärkere Rolle als Partner der Politik an

Sorgen bereitet dem SBPV, dass das Metier des Bankangestellten immer mehr zu einem Risikoberuf wird. Daher müssen die Bankangestellten und ihre Repräsentanten besser in die Entscheidungsprozesse eingebunden werden, und zwar nicht allein innerhalb der Banken. Der SBPV fordert, in der Politik überall dort angehört zu werden, wo wichtige Personalfragen auf dem Spiel stehen. Dass das EFD vor der Lieferung von Personaldaten an die USA keine Personalvertreter konsultiert hat, ist skandalös. Auch bei längerfristigen Projekten will der SBPV konstruktive Beiträge leisten, beispielsweise in der geplanten Finanzplatz-Task-Force oder als Partner der Finma. Dies wäre ein Beitrag zur Stärkung der demokratischen Strukturen, des Finanzplatzes sowie der Bankangestellten.

Bern, 28. Januar 2013

Für weitere Auskünfte:

Zentralsekretariat SBPV
Tel. 0848 000 885
Mail info@sbpv.ch